



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221)

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 18.10.2012

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 06.09.2012, 15:30 Uhr bis 18:34 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE
Herr Dr. Rolf Albach	FDP
Herr Klaus Art	Pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU

Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU
Herr Heribert Resch	CDU
Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Herr Prof. Dr. Ernst Drösemeier	Leiter des Umwelt und Verbraucherschutzamtes
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat VI - Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig	Fachreferentin Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Frau Marita Reinecke	Behindertenbeauftragte Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Frau Beigeordnete Henriette Reker	Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Till Scheu	Vertreter des Stadtplanungsamtes
Herr Günter Wevering	Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Ulrike Willms	Vertreterin des Bauverwaltungsamtes
Herr Peter Winkels	Geschäftsführender Betriebsleiter Dezernat V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Mike Pöhler	FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Minu Nikpay	KÖBES
Frau Maria Blank	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses Abfallwirtschaft der Stadt Köln. Ganz besonders begrüßt sie den neuen Beigeordneten des Dezernates VI, Herrn Franz-Josef Höing.

Sie informiert kurz über die erweiterten Tagesordnungen, deren Erweiterungen am Zusatz "**zugesetzt und zugestellt**" zu erkennen seien. Der Zusatz "Tischvorlage" tauche nicht auf, da alle Unterlagen zugestellt seien.

Zum Ausschuss Umwelt und Grün gibt Frau Dr. Müller folgende Informationen:

Zu TOP 3.2 erfolge die Antwort in der nächsten Sitzung.

Zu TOP 5.1 habe die Antrag stellende FDP-Fraktion darum gebeten, Herrn Dr. Reinhard Zeese, den ehemaligen akademischen Direktor am Geographischen Institut der Universität zu Köln, sprechen zu lassen. Hierfür sei es laut Geschäftsordnung erforderlich, Herrn Dr. Zeese Rederecht einzuräumen. Auch wenn er noch nicht anwesend sei, könne man hierüber schon eine Abstimmung vornehmen.

Die Ausschussvorsitzende lässt hierüber abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün ist damit einverstanden, dass Herr Dr. Zeese zum Antrag der FDP-Fraktion spricht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Zu TOP 6.1 sei Herr Wevering vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik anwesend.

Zu TOP 6.2 sei Frau Reinecke, die Behindertenbeauftragte des Dezernates V anwesend.

Zu TOP 6.11 bitte die Verwaltung, den Punkt vorzuziehen, da mehrere Mitarbeiter hierzu vortragen wollen. Die Politik wolle zu der Vorlage heute kein Votum abgeben, sie aber dennoch beraten.

Zu TOP 6.13 komme Frau Willms vom Bauverwaltungsamt. Die Verwaltung bitte, diesen TOP direkt nach 6.2 zu behandeln, da die beiden Punkte teilweise in einem Sachzusammenhang stehen.

Zu TOP 7.1 und TOP 7.2 sei Herr Scheu vom Stadtplanungsamt anwesend.

Die Tagesordnung wird wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern/Einwohnerinnen

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED
Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Pöhler in der Sitzung am 15.03.2012
2027/2012
- 2.2 Beachtung des Tariftreue- und Vergabegesetzes bei Ausschreibungen
Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Welpmann in der Sitzung am 14.06.2012
2768/2012
- 2.3 Hinweis auf Fütterungsverbot für Vögel an Kölner Seen
Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Welcker in der Sitzung am 14.06.2012
2829/2012
- 2.4 Waldbadviertel; hier: Gefährdung durch einen ehemaligen Schießplatz
Beantwortung der mündlichen Anfragen von Herrn Brust und Herrn Resch in der Sitzung am 15.03.2012
2700/2012
- 2.5 Herrigergasse / Hangkante in Köln-Müngersdorf
Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Welpmann in der Sitzung am 15.03.2012
3108/2012

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

- 3.1 Überraschende Blei-Altlast in Ostheim
Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.08.2012
AN/1288/2012

Überraschende Blei Altlast in Köln Ostheim (Schießplatz in der Nähe des Waldbadviertels)
3146/2012
- 3.2 Beteiligung der Stadt Köln an der EU-Initiative "Intelligente Städte"
Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.08.2012
AN/1359/2012
Die Antwort erfolgt in der nächsten Sitzung.

4 Mündliche Anfragen

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

- 5.1 Projekt "Wassererlebnispfad Am Alten Rhein"
Antrag der FDP-Fraktion vom 15.08.2012
AN/1285/2012

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 6.1 Vorbereitende Untersuchung gem. § 141 BauGB und Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE) in Bayenthal/Raderberg/Zollstock 3799/2011
- . Vorbereitende Untersuchung gem. § 141 BauGB und Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE) in Bayenthal/Raderberg/Zollstock Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.12.2011 AN/2290 /2011
- 6.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 1. Folgebericht - "2010/2011 Bilanz und Ausblick"
1771/2012
- 6.13 Konzept zur Entwicklung eines nachhaltigen Toilettenangebotes im Kölner Stadtgebiet sowie Umsetzung erster Maßnahmen bis zum 31.12.2014
2665/2012
- 6.11 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln
2816/2012
- 6.3 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Müngersdorf
1947/2012
- 6.4 Rückwirkende Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28. April 2010 über die Aufhebung der Gebührensatzung für den Schlachthof der Stadt Köln und der Satzung für den Schlachtviehgroßmarkt, den Schlachthof und den Fleischgroßmarkt der Stadt Köln
1867/2012
- 6.5 MÜLHEIM 2020 Rheinboulevard Mülheim Süd Baubeschluss
1205/2012
- 6.6 Verwendung gebietseigener Gehölze
2553/2012
- 6.7 Einrichtung und Betrieb einer Naviki-Seite in Köln
2603/2012

- 6.8 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
2943/2012
- 6.9 Sanierungsmaßnahmen im Botanischen Garten
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes
2750/2012
- 6.10 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten
2992/2012
- 6.12 Denkmalensemble Bahnhof Belvedere
3039/2012
- 6.14 Friedhof Süd - Bewässerung
hier: Baubeschluss und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans
2796/2012

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 7.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Gewerbegebiet südlich Hugo-Eckener-Straße in Köln-Ossendorf
1674/2012
- 7.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70430/04
Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll
2100/2012

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

9 Mitteilungen

- 9.1 Verwendung von Einweg- und Mehrwegbechern im RheinEnergie Stadion
2141/2012
- 9.2 Solarenergie auf städtischen Dächern
Ratsbeschluss vom 14.09.2010, TOP 10.7
2232/2012
- 9.3 Toilettenkonzept - Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Sitzung am 22.06.2012
2413/2012
- 9.4 Sachstandsbericht Industriepark Köln-Nord
2262/2012

- 9.5 Gewässerunterhaltungsplan Kölner Bäche in Zuständigkeit der Stadtentwässerungsbetriebe
2894/2012

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 11 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 12 Mündliche Anfragen**
- 13 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 14 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 14.1 Beauftragung eines Planungsbüros im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Entwurfs eines gesamtstädtischen Lärmaktionsplans
2552/2012
- 15 Vergaben**
- 16 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 17 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 18 Mitteilungen**
- 18.1 Bekanntmachung der im Zeitraum vom 01.01.2012 - 30.06.2012 beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen vergebenen Aufträge
2495/2012

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern/Einwohnerinnen

Es werden keine sachkundigen Einwohnerinnen / Einwohner verpflichtet.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Pöhler in der Sitzung am 15.03.2012 2027/2012

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Beachtung des Tariftreue- und Vergabegesetzes bei Ausschreibungen Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Welpmann in der Sitzung am 14.06.2012 2768/2012

RM Herr Dr. Welpmann dankt für die Beantwortung. Er fragt, in welcher Form diese Richtlinien innerstädtisch konkret eingeführt worden seien und bittet, die Landes- und die innerstädtischen Vergaberichtlinien, gerne in elektronischer Form, zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

2.3 Hinweis auf Fütterungsverbot für Vögel an Kölner Seen Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Welcker in der Sitzung am 14.06.2012 2829/2012

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.4 Waldbadviertel; hier: Gefährdung durch einen ehemaligen Schießplatz
Beantwortung der mündlichen Anfragen von Herrn Brust und Herrn
Resch in der Sitzung am 15.03.2012
2700/2012**

zusammen mit

**3.1 Überraschende Blei-Altlast in Ostheim
Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.08.2012
AN/1288/2012**

**Zu 3.1 Beantwortung der Anfrage
3146/2012**

SE Herr Resch bemerkt, die Anlage sei vor über 50 Jahren verpachtet, mit einem Schießstand bebaut und in dieser Zeit als solcher betrieben worden. Daher sei es für ihn nicht nachvollziehbar, dass man von einer Belastung durch Bleischrot nichts gewusst habe. Eine Haftbarmachung des Verursachers sei nach seiner Kenntnis höchstwahrscheinlich nicht möglich, da der Verein nur noch in Fragmenten existiere.

RM Herr Dr. Welpmann spricht ebenfalls den zivilrechtlichen Aspekt an. Für ihn stelle sich die Frage, inwieweit sichergestellt werde, dass bei anderen laufenden oder zukünftig abgeschlossenen Miet- oder Pachtverträgen durch unsachgemäße Benutzung dieser Flächen nicht neue Altlasten entstehen.

Diese Dinge seien im Bodenschutzrecht gut geregelt. Er appelliere in diesem Sinne dringend an die Liegenschaftsverwaltung, streng darauf zu achten, dass in allen Miet- und Pachtverträgen entsprechende Klauseln enthalten sind, die das Recht anwenden, dass der potentielle Verursacher von schädlichen Bodenveränderungen tatsächlich zur Haftung gezogen werde. Dies müsse auch materiell durchsetzbar sein, z. B. durch Sicherheitsrückstellungen oder andere Maßnahmen.

Zur Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion merkt er kritisch an, dass lt. § 5 Landesbodenschutzgesetz¹ schädliche Bodenveränderungen grundsätzlich erfasst werden müssen, auch wenn sie nicht als altlastverdächtige Fläche oder Altlast gelten. Der Verdacht einer schädlichen Bodenveränderung habe auch schon vor 2009 vorgelegen, so dass es angebracht gewesen sei, sich um die Sache zu kümmern, als der Verein noch aktiv war.

RM Herr Dr. Albach berichtet, dass die Bleikügelchen an der Oberfläche lägen und man sie mit der Hand greifen könne. Aufgrund eigener Messungen des pH-Wertes sei er der Meinung, vorbehaltlich einer Gefährdungsabschätzung durch einen geeigneten öffentlichen Gutachter, dass das Blei, was verwittere, auch bioverfügbar und wasserlöslich sei. Daher sei es für ihn nicht klar, weshalb 1987 nichts gefunden worden sei.

¹ § 5 LBodSchG(Gesetz) - Landesrecht Nordrhein-Westfalen

Erfassung von schädlichen Bodenveränderungen und Verdachtsflächen

(1) Die zuständigen Behörden erfassen nach pflichtgemäßem Ermessen schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen. Dabei sind die für die Erforschung und Abwehr von Gefahren und die für die Feststellung der Ordnungspflichtigen benötigten Daten, Tatsachen und Erkenntnisse zu sammeln und aufzubereiten, für die nach diesem Gesetz oder nach anderen Gesetzen eine Auskunftspflichtung besteht. Zu ermitteln sind insbesondere Angaben über Lage, Größe, Nutzung und Eigentumsverhältnisse sowie zu möglichen Belastungsursachen und Gefährdungen.

(2) Zur Erfassung von Verdachtsflächen auf schädliche Bodenveränderungen können für die Gebiete der Gemeinden und Gemeindeverbände Bodenbelastungskarten erstellt werden. Einzelheiten zum Inhalt der Bodenbelastungskarten werden von der obersten Bodenschutzbehörde durch Verwaltungsvorschrift geregelt.

Außerdem liege dort, ebenfalls zugänglich, Steinkohleteer, so dass, bevor dort Kinder wohnen und spielen, dringend eine Gefährdungsabschätzung erfolgen müsse. Herr Dr. Albach bittet die Verwaltung, in dieser Sache konsequent vorzugehen.

Herr Dr. Drösemeier informiert darüber, dass die Gefährdungsabschätzung für die vegetationslose Periode - Beginn ungefähr im November 2012 - geplant sei. Anschließend werde eine Sanierungsuntersuchung durchgeführt, die ergebe, welche Sanierungsmaßnahmen notwendig sein werden. Er gehe ebenfalls davon aus, dass eine Sanierung erfolgen werde. Genaueres werde das Gutachten aussagen.

Zur Eintragung ins Altlastenkataster merkt Herr Dr. Drösemeier an, dass sich über 5.000 Eintragungen im Bereich der Stadt Köln befänden. Dazu zählten auch zahlreiche Spielplätze, die in der Bearbeitung gravierender erschienen, als ein im Betrieb befindlicher Schießplatz, zu dem es außer ein paar Beschwerden über den Lärm keinerlei Beschwerden gegeben habe.

SE Herr Fischer bittet, die Stellungnahme auch der BV Kalk zur Verfügung zu stellen.

Die Beigeordnete bestätigt, dass dies bereits veranlasst sei.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen und die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

2.5 Herrigergasse / Hangkante in Köln-Müngersdorf Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Welpmann in der Sitzung am 15.03.2012 3108/2012

RM Herr Dr. Welpmann dankt für die Stellungnahme, äußert jedoch kritisch, es sei unbefriedigend, dass die Höhe des Bußgeldes noch nicht feststehe und dementsprechend auch noch kein abschreckendes Signal an den Verursacher der unrechtmäßigen Baumfällungen gegeben worden sei.

Er geht auf die Vorgeschichte seit November 2011 ein und stellt fest, dass man sich jetzt erst im Stadium der Anhörung befinde. Er wünsche sich, dass das Verfahren zügiger und zielorientierter vorangetrieben werde. Insbesondere sei es der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wichtig, dass eine Gewinnabschöpfung betrieben werde und der Bußgeldrahmen von 50.000 Euro pro Baum ausgeschöpft werde.

Hinsichtlich des noch ausstehenden Gutachtens zur Unterschützstellung der Terrassenkante bittet er, dieses, sobald es vorliege, dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Kenntnis zu geben.

Der Leiter der Unteren Landschaftsbehörde, Herr Moers, informiert darüber, dass das Gutachten seit heute vorliege und man es den Ausschussmitgliedern zuleiten werde. Er schildert das komplexe Verfahren, das die verschiedensten Aspekte der Ordnungswidrigkeiten im Verhältnis zu den vorhandenen Baugenehmigungen umfasse und äußerst arbeitsaufwendig sei.

Auch wenn von Vorsatz ausgegangen werde, müsse dieser beweisbar sein und es müsse geprüft werden, ob ein Straftatbestand vorliegt. Man habe inzwischen Kontakt mit der Staatsanwaltschaft aufgenommen. Die Gewinnabschöpfung über das Bußgeld hinaus werde grundsätzlich immer geprüft, müsse jedoch mit allen erbrachten Leistungen gegen gerechnet werden. Ein Bußgeld von 50.000 Euro pro Baum werde nicht umsetzbar sein, da die Ordnungswidrigkeiten in "Tateinheit" betrachtet werden müssen. Diese müsse man abgrenzen und dann konkret einzelne Bußgelder erheben.

Die Ausschussvorsitzende bittet, den Ausschuss Umwelt und Grün zeitnah zu informieren.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen zur Kenntnis.

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

3.1 s. unter TOP 2.4

3.2 Beteiligung der Stadt Köln an der EU-Initiative "Intelligente Städte" Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.08.2012 AN/1359/2012

Eine Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

4 Mündliche Anfragen

4.1 Baumfällungen Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Albach

RM Herr Dr. Albach spricht das Thema "Baumfällungen" an und möchte wissen, wie viel Bäume in Köln illegal gefällt werden im Verhältnis zu den Bäumen, die legal gefällt werden, wo die Fällung vorher angezeigt wird.

Herr Dr. Drösemeier antwortet, dass die Verwaltung nicht feststellen könne, wie viel Bäume illegal in Köln gefällt werden. Man könne jedoch feststellen, wie viel Ordnungsgelder wegen illegalen Fällens von Bäumen festgesetzt werden. Die Dunkelziffer dürfte allerdings höher sein.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündliche Information von Herrn Dr. Drösemeier zur Kenntnis.

4.2 Spitzenlast bei Strom, Gas und Fernwärme am 08.02.2012 und zukünftige Versorgung in Köln Erinnerung von SE Herrn Donath an die Beantwortung seiner mündlichen Anfrage vom 15.03.2012

SE Herr Donath erinnert an seine mündliche Anfrage, die er in der Sitzung am 15.03.2012 gestellt habe und die noch nicht beantwortet sei. Es sei um die Stromversorgung im letzten Winter in Köln gegangen. Herr Donath erwähnt, dass in dieser und der letzten Woche die Kraftwerke in Neurath und Weißweiler ausgefallen seien. Bei einem gleichzeitigen Ausfall wäre die kritische Marke von 3 Gigawatt erreicht worden. Ein Ausfall dieser Größenordnung im Winter hätte zu Schwierigkeiten beim Wiederhochfahren der Anlagen geführt.

Die Dezernentin führt aus, dass hier auch die Stromversorger gefragt seien, zumal eine Information, wie diese einer derartigen Situation begegnen würden, wichtig sei. Sie sagt eine Prüfung der Rückmeldungen der Energieversorger und der noch ausstehenden Beantwortung zu.

Die Ausschussvorsitzende regt einen Fachvortrag im Rahmen einer breiteren Öffentlichkeitsdarstellung an.

4.3 Melia Deponie Anfrage von RM Herrn Brust

RM Herr Brust erwähnt einen Presseartikel zur Melia Deponie und erinnert an einen Ausschussbeschluss, Kröten auf Kosten der Stadt Köln umzusiedeln, weil der Investor nicht zu finden sei. Angeblich habe die Presse den Investor gefunden, so dass Herr Brust der Sachstand interessiere.

Herr Dr. Drösemeier antwortet, es gebe keinen neuen Sachstand. Der Besitzer sei eine limited company in Gibraltar (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung*) mit einem Finanzvolumen, das bei weitem nicht ausreiche, die Melia-Deponie zu sanieren.

Auf Nachfrage von Herrn Brust, ob der neue Investor der alte Verursacher sei, erläutert Herr Dr. Drösemeier, der sanierende Investor sei ein Konsortium, in dem eine Beteiligung besteht von einem Unternehmen, das an der limited beteiligt sein könnte. Genaueres sei nicht zu erfahren.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Drösemeier zur Kenntnis.

4.4 Feuerwerke und Umwelt Erinnerung von SE Frau Grosser an die Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 GeschOrd von pro Köln vom 02.02.2012

SE Frau Grosser erinnert an eine Anfrage der Fraktion pro Köln vom 02.02.2012 mit dem Titel "Feuerwerke und Umwelt". Diese sei bisher noch nicht beantwortet worden.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

5.1 Projekt "Wassererlebnispfad Am Alten Rhein" Antrag der FDP-Fraktion vom 15.08.2012 AN/1285/2012

RM Herr Dr. Albach spricht zum Antrag und hebt die Umweltbildung als eines der wirksamsten Mittel zur Erhaltung der Umwelt hervor. Er stellt einen Vorschlag aus dem Bereich der Universität zu Köln vor, der die Verbindung des Erlebnispfades Pulheimer Bach mit dem Erlebnisweg Rheinschiene als „Wassererlebnispfad am alten Rhein“ darstelle und ein Teil der wichtigen Umweltbildung im Kölner Norden sein könne.

Die Errichtung des Erlebnispfades am Pulheimer Bach – ein Projekt der Regionale 2010 im Bereich RegionGrün – funktioniere in Pulheim sehr gut und werde von den Kindern gut angenommen.

Das neue Projekt könnte, evtl. im Rahmen der Planungen zum Retentionsraum Worringen, über eine 100%ige Landesförderung finanziert werden, so dass keine Mittel aus dem städtischen Haushalt dafür verwendet werden müssten.

RM Herr Bacher bezeichnet namens der SPD-Fraktion die im Antrag angesprochene Sache als wünschenswert. Man gehe jedoch davon aus, dass dies nicht ohne städtische Mittel umsetzbar sei. Angesichts der aktuellen städtischen Haushaltslage sehe man keine Kapazitäten für zusätzliche geldwerte Initiativen, so dass die SPD-Fraktion den Antrag bedauerlicherweise ablehnen müsse.

RM Frau Nessler-Komp erklärt, die CDU-Fraktion begrüße die dem Antrag zugrunde liegende Initiative grundsätzlich. Man würde jedoch gerne zunächst eine Einschätzung des Arbeitskreises Natur und Landschaft der Region Köln/Bonn e. V. einholen wollen. Außerdem weise man darauf hin, dass es sich um Natur- und Landschaftsschutzgebiete handle, worauf besonderes Augenmerk gelegt werden müsse, so dass bei der Begehung dieser Gebiete bestimmte Dinge zu beachten seien. Auch halte man zum momentanen Zeitpunkt, in dem der Retentionsraum Worringer Bruch sich noch in der Planungsphase befinde, die Entscheidung über den Antrag für etwas verfrüht.

RM Herr Dr. Welpmann stellt angesichts der bisherigen Wortbeiträge einen Vertagungsantrag. So habe man auch in der nächsten Sitzung die Gelegenheit, den Fachvortrag von Herrn Dr. Zeese von der Uni Köln zu hören.

Nach kurzer Diskussion über das weitere Verfahren stellt die Ausschussvorsitzende die von RM Herr Dr. Welpmann beantragte Vertagung des Antrags zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt den Antrag zurück in seine nächste Sitzung am 13.11.2012.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

6.1 Vorbereitende Untersuchung gem. § 141 BauGB und Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE) in Bayenthal/Raderberg/Zollstock 3799/2011

RM Herr Bacher zeigt sich für die SPD-Fraktion über die Beschlussvorlage der Verwaltung erfreut, da deren grünpolitische Aspekte einen hohen Stellenwert besäßen. Damit könne die Fortführung des Inneren Grüngürtels im Rahmen der Grüntangente Süd bis zum Rhein sichergestellt werden. Man werde daher diesem Teil der Vorlage zustimmen.

Hinsichtlich der anderen dort angesprochenen Dinge und des Änderungsantrags der CDU-Fraktion sehe man den Ausschuss Umwelt und Grün nicht in der Mitberatungspflicht.

Die Ausschussvorsitzende ergänzt, dass die Punkte, die die Bezirksvertretung Rodenkirchen beschlossen habe, eher im Stadtentwicklungsausschuss beraten werden sollten, da sie nicht unmittelbar "Grün" betreffen.

RM Frau Welcker äußert namens der CDU-Fraktion ebenfalls Zustimmung zur Beschlussvorlage. Man freue sich, dass dieser Teil des Grüngürtels endlich umgesetzt werde. Über den Änderungsantrag könne wieder im Stadtentwicklungsausschuss beraten werden.

RM Herr Dr. Welpmann schließt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seiner Vorrednerin an. Man begrüße die Vorlage generell und insbesondere die Tatsache, dass dort ein durchgehender Grünzug geschaffen werde.

Die Detailspekte, die die Bezirksvertretung Rodenkirchen eingebracht habe, und der Änderungsantrag seien städtebauliche Angelegenheiten und gehörten in den Stadtentwicklungsausschuss, so dass man sich hier im Ausschuss Umwelt und Grün nicht unbedingt dazu äußern wolle. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Vorlage, soweit sie diesen Ausschuss betreffe, uneingeschränkt zustimmen.

Die Ausschussvorsitzende bekräftigt, dass der Ausschuss Umwelt und Grün einen breiten Grünstreifen haben wolle und der jetzt relativ groß bemessene Anteil Grün im weiteren Verfahren auf keinen Fall eingeschränkt werden dürfe.

Beigeordneter Herr Höing spricht von der grünen Fuge als einem "essentiellen Baustein", der endlich herzustellen sei. Insgesamt sei die südliche Innenstadt-Erweiterung eines der spannendsten und wichtigsten Stadtentwicklungsprojekte der kommenden 10 bis 15 vielleicht sogar 20 Jahre.

RM Herr Dr. Albach weist namens der FDP-Fraktion besorgt auf der Presse zu entnehmende Überlegungen hin, die Bundesgartenschaubewerbung in Frage zu stellen. Dies hänge zumindest inhaltlich mit dem Konzept zusammen. Insgesamt stelle dieses Konzept für die Südstadt eine große Lebensqualität und Wertsteigerung dar.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat nimmt die vorbereitende (Sanierungs-)Untersuchung (VU) gem. § 141 Baugesetzbuch (BauGB) für den Entwicklungsbereich südliche Innenstadt-Erweiterung in Bayenthal, Raderberg, Zollstock zur Kenntnis und
2. beschließt das Entwicklungskonzept südliche Innenstadt-Erweiterung unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach Modell 2 zur vorbereitenden Untersuchung gem. § 137 BauGB als Entwicklungsplanung nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, für das als Ergebnis der VU vorgeschlagene Sanierungsgebiet (Karte 8 der VU) eine Beschlussvorlage zur förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes gem. § 142 Abs. 3 BauGB vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**zu 6.1 Vorbereitende Untersuchung gem. § 141 BauGB und Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE) in Bayenthal/Raderberg/Zollstock
Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.12.2011
AN/2290 /2011**

Über den Änderungsantrag wurde nicht abgestimmt.

6.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 1. Folgebericht - "2010/2011 Bilanz und Ausblick"
1771/2012

RM Herr Bacher stimmt namens der SPD-Fraktion der Zielsetzung des "grünen Teils" der Vorlage, also der barrierefreien Gestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen, soweit sie nicht bereits barrierefrei sind, zu.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt den 1. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ zustimmend zur Kenntnis und beschließt die darin benannten Ziele und Handlungsprioritäten. Die Verwaltung wird beauftragt diese umzusetzen. Die Umsetzung richtet sich nach den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

Der nächste Folgebericht über die Umsetzung ist den politischen Gremien in 2016 vorzulegen.

Darüber hinaus sind der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und gegebenenfalls weitere Fachausschüsse des Rates und Bezirksvertretungen durch die regelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.13 Konzept zur Entwicklung eines nachhaltigen Toilettenangebotes im Kölner Stadtgebiet sowie Umsetzung erster Maßnahmen bis zum 31.12.2014
2665/2012

Zusammen mit

9.3 Toilettenkonzept - Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Sitzung am 22.06.2012
2413/2012

SE Frau Röttger-Schulz gibt folgendes zu Protokoll:

"Das vorliegende Konzept zur Entwicklung eines nachhaltigen Toilettenangebotes im Kölner Stadtgebiet sowie die Umsetzung erster Maßnahmen bis zum 31.12.2014 ist wirklich nur eine vorübergehende Lösung.

Die Mitglieder der Stadt AG Behindertenpolitik hoffen sehr, dass damit eine Entwicklung in Gang gesetzt wird, die in Köln schon lange überfällig ist und dem Ruf der Stadt nur gut tun kann.

Die Mitglieder bitten die Verwaltung, unbedingt darauf zu achten, dass möglichst viele Menschen mit sehr unterschiedlichen Behinderungen die WC's auch nutzen können.

Um auch hier eine Nachrüstung auszuschließen und Kosten zu vermeiden, sollte vor Beginn dieser Maßnahme mit den Behindertenverbänden gesprochen werden, denn da gibt es genug Experten in eigener Sache."

RM Herr Bacher begrüßt namens der SPD-Fraktion ausdrücklich, dass mit dieser Vorlage im Wege einer Interimslösung die Maßnahmen der Toiletten in den Grünanlagen zu Ziffer III. a) realisiert werden können. Daher könne man diesem Teil der Vorlage zustimmen.

Im Hinblick auf die bekannte Problemsituation auf dem Brüsseler Platz erscheine es der SPD-Fraktion aber auch wichtig, dass man den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) ebenfalls für die Installation der "Urilady" auf dem Brüsseler Platz an der Beratung beteiligt. Er bitte die Verwaltung, dies zu realisieren.

Beigeordnete Frau Reker verweist auf den Text der Beschlussvorlage, in dem es heiße, dass die Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln (AWB) bereit seien, dieses Modell zu finanzieren. Dies heiße noch nicht, dass es realisiert werden könne.

Zunächst müsse geprüft werden, ob überhaupt Installationsmöglichkeiten vorhanden seien. Außerdem müsse auch in rechtlicher Hinsicht geprüft werden, wie man dort zu einer Verbesserung der Toilettensituation kommt.

RM Herr Brust bemerkt, soweit er wisse, haben die AWB die Situation geprüft und den Standort bereits festgelegt. Einen entsprechenden Beschluss habe der Aufsichtsrat der AWB gefasst, allerdings unter dem Vorbehalt, dass der AVR die Vorlage zur Kenntnis bekomme und keine Einwände habe. Um diesem Beschluss zu genügen, bitte die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen darum, dieses Konzept dem AVR zur Kenntnis zu bringen, damit die AWB weiterarbeiten könne und die Toilettenwagen aufgestellt werden können.

Außerdem schließe er sich den Aussagen von Frau Röttger-Schulz an. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantrage, die Verwaltungsvorlage um den letzten Punkt aus dem Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 22.06.2012 zu erweitern.

Dort heiße es: "Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik soll ab sofort an der Erarbeitung und Weiterentwicklung des Konzeptes beteiligt werden. Insbesondere, da die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in 2007 den Anstoß zur Konzeptentwicklung gegeben hat."

RM Herr Kienitz schließt sich namens der CDU-Fraktion dem Vorschlag von Herrn Brust an. Man wisse, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation, dass dies alles sehr schwierig sei. Dennoch könne man diesem Punkt zustimmen, da es sich um eine wichtige Sache handle.

SE Frau Reiff bekräftigt aus Sicht der Seniorenvertretung der Stadt Köln ebenfalls, dem Beschluss der StadtAG Behindertenpolitik Rechnung zu tragen, da nicht nur die Menschen mit Behinderung, sondern auch die Senioren davon betroffen seien.

Man bitte darum, auch das Konzept "Nette Toilette" nicht zu vergessen und es populärer zu machen. Es gebe in der Stadt viele Gaststätten, die über behindertengerechte Toiletten verfügten und viele Menschen mit Behinderung kennen diese Gaststätten nicht.

SE Frau Grosser fragt hinsichtlich der Toiletten "UriLady" auf dem Brüsseler Platz, ob diese zusätzlich geplant seien oder ob sie gegen die bereits vorhandenen Toiletten ausgetauscht würden.

Frau Willms betont, sie sei dankbar, dass die Verwaltung über den Finanzausschuss eine Anschubfinanzierung in Aussicht gestellt bekommen habe, die hoffentlich auch in den Haushaltsplanberatungen der nächsten Jahre auftauche.

Das, was Frau Reiff vorgetragen habe, sei ein wichtiger Anreiz, um dieses Konzept weiterzuentwickeln, auch was die Barrierefreiheit anbelange. Man arbeite da gut mit der DEHOGA, der IHK und dem Einzelhandelsverband zusammen und werde in enger Abstimmung nach dem Ratsbeschluss die Umsetzung forcieren, damit in die Öffentlichkeit gehen und gerne mit den Behindertenverbänden zusammenarbeiten. Sie bitte darum, alle Informationen zu bündeln und an sie weiterzuleiten.

Sie informiert über Einrichtungen, wie z. B. die Fachhochschule in Köln-Deutz, die schon barrierefreie Toiletten vorhielten und bereit seien, diese der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Die Bitte hinsichtlich einer Aufnahme des AVR in die Beratung über die Installation der "Urilady" auf dem Brüsseler Platz habe sie vermerkt. Auch sei geplant, den Arbeitskreis zum Brüsseler Platz und die Bezirksvertretung Innenstadt, die auch noch zum Standort eine Genehmigung erteilen müsse, mit einzubeziehen. In dem Zusammenhang werde man gerne den AVR berücksichtigen.

Am Brüsseler Platz sollen die vorhandenen Toiletten erhalten bleiben; die "UriLady-Toiletten" sollen zusätzlich eingerichtet werden.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Willms und erläutert, der Ausschuss Umwelt und Grün sei in die Beratungsfolge mit einbezogen worden, weil der Punkt, den Herr Bacher ansprach – Ziffer III. a) Toiletten in Grünanlagen – explizit in der Vorlage enthalten sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt sie den Beschlusstext mit dem von RM Herrn Brust beantragten Zusatz aus dem Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 22.06.2012 zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die unter III. a) bis e) aufgeführten Maßnahmen umzusetzen. Gleichzeitig beschließt der Rat - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung - die Freigabe von zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 14.850 € im Teilergebnisplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - in Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen), Hj. 2012. Folgekosten sind im Rahmen des HPL-Aufstellungsverfahrens für die Jahre 2013 und 2014 zu berücksichtigen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik soll ab sofort an der Erarbeitung und Weiterentwicklung des Konzeptes beteiligt werden. Insbesondere, da die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in 2007 den Anstoß zur Konzeptentwicklung gegeben hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.11 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln 2816/2012

RM Herr Bacher meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet, die Vorlage in die nächste Sitzung zu verweisen. Er begrüße es aber, wenn die Verwaltung eine kurze Einführung in die Vorlage geben könne. Man könne dann in den Arbeitskreisen abschließend Fragen klären.

Auf die Frage von RM Herr Dr. Welpmann nach dem Votum des Landschaftsbeirates informiert Herr Moers darüber, dass der Landschaftsbeirat in seiner Vorbesprechung der Vorlage uneingeschränkt zugestimmt habe.

Herr Kaune erläutert, es handle sich bei der Vorlage um ein Gemeinschaftsprojekt des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes und des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen. Er gibt das Wort an Herrn Pniewski und Herrn Bracke weiter, die die Vorlage erstellt haben.

Herr Pniewski vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen und Herr Bracke vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt geben einen kurzen Überblick über die Vorlage.

Herr Pniewski ruft den Beschluss des Rates in Erinnerung, der in seiner Sitzung am 20.12.2011 die umfassende Fortschreibung des Landschaftsplans (LP) nach folgenden Maßgaben beschlossen habe:

1. Redaktionelle Änderungen (s. Punkt 1 der Anlage 1)
2. Harmonisierung von Landschaftsplan und Grünflächenordnung (s. Punkt 2.1 Anlage 1)
3. Vorstellung aller Maßnahmen und Vorhaben, die erforderlich seien, um den LP auf dem aktuellen Stand zu halten (s. ab Punkt 2.3 Anlage 1)

Insbesondere weist Herr Pniewski auf die neue und wesentliche Regelung der Aufnahme von Ausnahmetatbeständen hin, die unter Punkt 2.3 ff aufgeführt seien. Aber auch neue Verbotstatbestände, wie z. B. die Durchführung von Partys, die bisher nur schwer durch das Instrument des Landschaftsplanes zu greifen waren, sollen in den LP aufgenommen werden. Herr Pniewski informiert über geringfügige Erweiterungen des Geltungsbereiches, die z. B. neue Flächen im Bereich des südlichen Grüngürtels (s. Entwicklungskonzept "Grüngürtel: Impuls 2012") betreffen können. Ebenso seien Reduzierungen von Schutzgebieten geplant, z. B. im Rheingarten auf dem Rheinufer-tunnel oder der Zündorfer Groov, dem Fühlinger See und der Sportanlage BAYER.

Abschließend erklärt Herr Pniewski, dass alle vorgeschlagenen Regelungen, mit Ausnahme der redaktionellen Überarbeitungen, förmliche Verfahren zur Folge haben und den politischen Gremien einzeln zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Herr Bracke merkt an, dass die Verwaltung in den Arbeitskreisen der Fraktionen über die genaueren Inhalte informieren und auch aktuelle Din A-0 Karten mitbringen könne, die die einzelnen Veränderungen gut darstellen. Er betont, dass es sich bei den beabsichtigten Änderungen nicht um abschließende Regelungen handle. Vielmehr sei die Verwaltung für jede Anregung, ob aus der Politik oder der Bürgerschaft, dankbar. Der Landschaftsplan sei somit ein dynamisches Werk, das laufend fortgeschrieben werden könne.

Die Ausschussvorsitzende nimmt dies positiv zur Kenntnis und ermuntert die Fraktionen, die Vertreter der Verwaltung in die Arbeitskreise einzuladen. Sie schlägt vor, wie bereits vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt, die Vorlage in die nächste Sitzung zurückzustellen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch, sodass so verfahren wird.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage zurück in seine nächste Sitzung am 13.11.2012.

6.3 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Müngersdorf 1947/2012

RM Herr Brust verweist auf die Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung Lindenthal. Seine Frage, ob die Verwaltung dazu Bedenken habe, beantwortet Herr Kaune dahingehend, dass Feld 12 ausreiche und die Verwaltung keine Bedenken habe, Feld 12 für die bauliche Umsetzung vorzusehen.

Auf die Frage von RM Herrn Bacher nach der Größe des Feldes 12 und wie die Verwaltung zu den von der BV Lindenthal geäußerten Bedenken hinsichtlich Feld 8 stehe, erläutert Herr Kaune, dass Feld 12 180 m² groß sei und dass die Verwaltung die Bedenken der BV Lindenthal nachvollziehen könne.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, wie BV Lindenthal zu beschließen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt, das von der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG vorgelegte Gestaltungskonzept für ein Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Müngersdorf **mit der Änderung, dass die bauliche Umsetzung auf dem Feld Nr. 12 gemäß dem Übersichtsplan anstelle der Fläche Nr. 8 vor der Leichenhalle vorgenommen wird.** Sie beauftragt die Verwaltung, vor der baulichen Umsetzung des Konzeptes mit der Genossenschaft die Details der Kooperation vertraglich zu vereinbaren und, soweit von grundlegenden Regelungen des vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales (AVR) am 27.04.2009 beschlossenen Kooperationsvertrages abgewichen wird, dem AVR zur Genehmigung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

6.4 Rückwirkende Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28. April 2010 über die Aufhebung der Gebührensatzung für den Schlachthof der Stadt Köln und der Satzung für den Schlachtviehgroß- markt, den Schlachthof und den Fleischgroßmarkt der Stadt Köln 1867/2012

SB Herr Arlt fragt nach der zukünftigen Nutzung des Gebäudes bzw. Geländes.

Die Beigeordnete sagt eine schriftliche Beantwortung zu, da hier mehrere Ämter beteiligt seien.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, über die Beschlussvorlage abzustimmen und die Frage in einer der nächsten Sitzungen zu beantworten. Da sich hiergegen kein Widerspruch erhebt, stellt sie die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der rückwirkenden Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28. April 2010 über die Aufhebung der Gebührensatzung für den Schlachthof der Stadt Köln und der Satzung für den Schlachtviehgroßmarkt, den Schlachthof und den Fleischgroßmarkt der Stadt Köln (s. Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.5 MÜLHEIM 2020 Rheinboulevard Mülheim Süd Baubeschluss
1205/2012**

RM Herr Dr. Albach bewertet die Maßnahme äußerst positiv. Er möchte wissen, wie die zeitliche Realisierung von Mülheim 2020 insgesamt aussehe und fragt nach dem Sachstand des Grünzugs Charlier.

Beigeordneter Herr Höing erläutert, die Maßnahme sei im Rahmen des Strukturförderprogramms umzusetzen und damit seien auch zeitliche Fristen verbunden.

Herr Dr. Bauer informiert darüber, dass die Maßnahme bis 2015 abgerechnet sein müsse. Zum Grünzug Charlier werde die Verwaltung in der nächsten Sitzung eine entsprechende Beschlussvorlage als Baubeschluss vorlegen.

RM Herr Bacher schlägt vor, die Beschlussvorlage zunächst in die nachfolgenden Gremien zu verweisen und den Rücklauf in der nächsten Ausschusssitzung am 13.11.2012 zu erhalten, um die Vorlage beschließen zu können.

RM Herr Kienitz pflichtet dem bei, da man wissen wolle, was die anderen Gremien dazu sagen. Man wisse um die Förderproblematik und habe ein großes Interesse an der Umsetzung.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage in die nachfolgenden Gremien und bittet, sie anschließend wieder zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.6 Verwendung gebietseigener Gehölze
2553/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die in der Begründung aufgeführten Inhalte zur Verwendung gebietseigener Gehölze zur Kenntnis und stimmt der dargestellten zukünftigen Vorgehensweise zur Beschaffung gebietseigener Gehölze zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.7 Einrichtung und Betrieb einer Naviki-Seite in Köln 2603/2012

RM Frau Welcker möchte namens der CDU-Fraktion wissen, was nach 2014 passiere, wenn das Projekt nicht mehr gefördert werde. Sie fragt konkret, welche Kosten auf die Stadt Köln zukämen.

Herr Dr. Arentz antwortet, die Verwaltung habe sich mit den Entwicklern des Programms von der FH Münster in Verbindung gesetzt. Diese habe bereits mit dem Klimabündnis als Netzwerk europäischer Städte gesprochen. Das Klimabündnis, in dem die Stadt Köln Mitglied sei, sei zum Teil ebenfalls in dieses Programm involviert.

Es werde eine Lösung angestrebt, die für die Städte keine oder nur sehr geringe Kosten zur Folge habe. So werde z. B. geprüft, eine externe Finanzierung über Werber, die ein Interesse an der Naviki-Seite haben, zu ermöglichen. Momentan versuche die Verwaltung mit möglichst wenig Aufwand, den Betrieb dieser Seite zu ermöglichen.

RM Herr Bacher merkt an, dass sich die SPD-Fraktion ähnliche Gedanken hinsichtlich der späteren Finanzierung gemacht habe. Man sei zu dem Schluss gekommen, über die Fortführung des Projektes zu gegebener Zeit unter Beachtung der Haushaltslage zu entscheiden und ihm jetzt zuzustimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Vorhaben "Einrichtung und Betrieb einer Naviki-Seite" in Köln durchzuführen. Die erforderlichen Mittel stehen im Rahmen des Projektes der Fachhochschule Münster bereit. Die Verwaltung wird beauftragt, den Kooperationsvertrag (Anlage 1) zu unterzeichnen. Die Projektkoordination liegt bei der Fachhochschule Münster. Eigenmittel sind für die Durchführung des Projektes, wie im Vertrag festgehalten, nicht erforderlich. Die erforderliche Datenbereitstellung erfolgt im Rahmen des Geschäftes der laufenden Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.8 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde 2943/2012

RM Herr Dr. Albach bittet um getrennte Abstimmung.

- Zunächst lässt die Ausschussvorsitzende, dem Wunsch von RM Herrn Dr. Albach entsprechend, getrennt abstimmen und stellt den Beschlusstext für die Neuwahl des Nachfolgers für Herrn Wegener zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das stellvertretende Beiratsmitglied Herrn Wegener auf Vorschlag der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V.

- a) Herrn Harald von der Stein

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Anschließend lässt sie über die Neuwahl des Nachfolgers für Herrn Löwenstein abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das stellvertretende Beiratsmitglied Herrn Löwenstein auf Vorschlag der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V.

- a) Frau Judith Langer

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

- Abschließend stellt sie den so beschlossenen Beschlusstext zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das stellvertretende Beiratsmitglied Herrn Wegener auf Vorschlag der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V.

- a) Herrn Harald von der Stein

Für das stellvertretende Beiratsmitglied Herrn Löwenstein

- a) Frau Judith Langer

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

**6.9 Sanierungsmaßnahmen im Botanischen Garten
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des
Bürgerhaushaltes
2750/2012**

RM Herr Brust erinnert an den Beschluss des Ausschusses Umwelt und Grün, in einigen Seen eigene Brunnen zu bohren, um Trinkwasser zu sparen. Er fragt, wie das in diesem Fall geplant sei.

Außerdem bemerkt er hinsichtlich der Kostenaufstellung, dass das Grünflächenamt ein Honorar von über 10 % an die Gebäudewirtschaft zahle. Er möchte wissen, ob es nicht möglich sei, das Honorar zu sparen, indem das Grünflächenamt die Restaurierung selber übernimmt oder direkt an Architekten vergibt.

Die letzte Frage betreffe die Toilette. In der Vorlage stehe, dass die WC-Anlage ausgeschrieben werden soll. Herr Brust fragt, ob es eine separate Toilette geben soll oder ob damit die Toilettenanlage in der späteren Flora gemeint sei.

Herr Kaune antwortet auf Frage 2, die Aufgabe der Restaurierung von Brunnen und das Know-how lägen bei der städtischen Gebäudewirtschaft und das Grünflächenamt als Fachamt beauftrage grundsätzlich die städtische Gebäudewirtschaft mit der Umsetzung. Auch aus personellen Gründen werde dies so gehandhabt. Zu Frage 1 erklärt er, dass man dort auf Grundwasser umstellen werde. Hinsichtlich der 3. Frage sei die Toilette in der Flora gemeint.

SE Herr Donath regt an, LED- und insgesamt die neueste emissionsarme Beleuchtungstechnik einzusetzen.

RM Herr Dr. Welpmann greift noch mal die Beauftragung der städtischen Gebäudewirtschaft auf und wendet ein, dass es sich bei der Sanierungsmaßnahme nicht nur um eine reine Brunnenrestauration handle, sondern dass auch andere Baumaßnahmen durchgeführt werden. Er regt namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen an, in derartigen Fällen, wo es um Anlagen gehe, für die das Grünflächenamt generell zuständig sei, über Kostenoptimierung nachzudenken. Die Schnittstelle mit einem anderen Fachamt verursache zusätzliche Kosten, da ein relativ hoher pauschaler Honoraranteil gezahlt werde.

RM Herr Bacher erklärt für die SPD-Fraktion, dass man die Maßnahme als solche begrüße und sie in der heutigen Sitzung beschließen wolle. Allerdings bitte er, die aufgeworfenen Fragen zu klären und in der nächsten Sitzung Stellung zu nehmen, wie in Zukunft damit umgegangen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt im Rahmen des Bürgerhaushaltes – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2012 - die Freigabe von zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen im Teilergebnisplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 13 / Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2012 in Höhe von 55.000 EUR für Sanierungsmaßnahmen im Botanischen Garten und in der FLORA.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.10 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten 2992/2012

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt das von der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG vorgelegte Gestaltungskonzept für ein weiteres Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten. Sie beauftragt die Verwaltung, vor der baulichen Umsetzung des Konzeptes mit der Genossenschaft die Details der Kooperation vertraglich zu vereinbaren und, soweit von grundlegenden Regelungen des vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales (AVR) am 27.04.2009 beschlossenen Kooperationsvertrages abgewichen wird, dem AVR zur Genehmigung vorzulegen.

Der Ausschuss verzichtet auf einen zweiten Durchgang, sofern die Bezirksvertretung Lindenthal dem Beschlussvorschlag ohne Änderungen oder Ergänzungen zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.12 Denkmalensemble Bahnhof Belvedere 3039/2012

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- 1) die Überlassung der Liegenschaft Bahnhof Belvedere für die Dauer des vom Rat in seiner Sitzung am 24.11.2011 beschlossenen, mindestens 2jährigen Moratoriums, im Rahmen eines Überlassungs- und Nutzungsvertrages an den Förderkreis Bahnhof Belvedere e.V. zu regeln.
- 2) eine Sanierungsvereinbarung mit dem Förderkreis Bahnhof Belvedere e.V. abzuschließen, die den Förderkreis ermächtigt, die bereits in diesem Winter notwendige Dachsanierung im Auftrag der Stadt durchzuführen.
- 3) die zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und zur auf das Notwendigste beschränkten Erhaltung des Denkmalensembles bis zur geplanten Vollsanierung erforderlichen Kosten weiterhin aus dem Haushalt der Stadt Köln zu finanzieren.
- 4) in Zusammenarbeit mit dem Förderkreis Bahnhof Belvedere die Beantragung von Fördermitteln aus dem Landesprogramm „Initiative ergreifen – Bürger machen Stadt“ des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) vorzubereiten und in diesem Rahmen den Förderkreis Bahnhof Belvedere e.V. bei der Qualifizierung des Sanierungs-, Nutzungs- und Finanzierungskonzeptes weiter zu unterstützen.
- 5) zur endgültigen Entscheidung über die Beantragung der Fördermittel, die Bereitstellung des städtischen Eigenanteils und die Übertragung des Objekts im Wege des Erbbaurechts den Rat erneut mit der Angelegenheit zu befassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.14 Friedhof Süd - Bewässerung hier: Baubeschluss und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans 2796/2012

RM Herr Dr. Albach erinnert daran, dass generell auf Kölner Friedhöfen möglicherweise nicht mehr alle ursprünglich vorgesehenen Grabfelder als solche genutzt werden. Er möchte wissen, ob Teile der Bewässerungsanlage stillgelegt werden können, wenn bestimmte Felder nicht mehr gebraucht werden.

Herr Kaune informiert darüber, dass dies beim Wassernetz und bei den Wasserstelen berücksichtigt werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt der Bezirksvertretung Rodenkirchen, wie folgt zu beschließen:

1. Die Bezirksvertretung 2 - Rodenkirchen nimmt das Bewässerungskonzept für den Friedhof Süd zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Erneuerung der Wasserleitungen mit Gesamtkosten von 385.000 EUR durchzuführen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltsatzung 2012 - die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1303 / Friedhöfe, Zeile 8 / Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 6710-1303-2-1900 / Friedhof Süd Bewässerung, Hj. 2012 in Höhe von 346.000 EUR. Die Deckung des darüber hinaus gehenden Mehrbedarfs in Höhe von 39.000 EUR erfolgt durch bereits freigestellte investive Wenigerauszahlungen bei Finanzstelle 6710-1303-0-5070 / Anlage von Grabkammern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

7.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Gewerbegebiet südlich Hugo-Eckener-Straße in Köln-Ossendorf
1674/2012

RM Herr Dr. Welpmann verweist auf den Ratsbeschluss vom 02.02.2010 zum gesamten Komplex der Friedhofserweiterungsflächen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle die heutige Vorlage nicht stoppen, sie merke jedoch kritisch an, dass die Argumentation der Verwaltung, man sei zwingend auf die Fläche an der Hugo-Eckener Straße angewiesen, da es keine weiteren verfügbaren Flächen gebe, nicht schlüssig sei.

So werde noch eine ganze Reihe von Grundstücken als Betriebserweiterungsflächen vorgehalten. Herr Dr. Welpmann führt als Beispiele die Ziffern 14 mit 12.000 qm Größe und 15 mit 15.500 qm Größe an. Es gebe auch noch städtische Grundstücke, die nur teilweise genutzt würden, so dass insgesamt mehrere Hektar Fläche aktuell noch nicht in Anspruch genommen oder nicht rechtsverbindlich verkauft worden seien.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle dies als fachliche Anmerkung auf den Weg geben, um klarzumachen, dass grundsätzlich bereits erschlossene Flächen in Anspruch genommen werden sollten.

Herr Dr. Welpmann gibt außerdem zu Bedenken, dass es sich bei der Fläche um Teile einer Frischluftschneise für Bickendorf und Ehrenfeld handle.

RM Herr Bacher signalisiert namens der SPD-Fraktion Zustimmung zur Vorlage, da damit dem im Ratsbeschluss ausgedrückten Wunsch, die Wegebeziehung zwischen dem Mühlenweg und der Hugo-Eckener Straße bestehen zu lassen, Rechnung getragen werde.

SE Frau Grosser erklärt, dass die Fraktion pro Köln die Vorlage ablehne, da städtisches Grün zu Gunsten einer weiteren Flächenverschwendung und einer damit einhergehenden Versiegelung geopfert werden solle.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet südlich der Hugo-Eckener-Straße, gegenüberliegend dem Einmündungsbereich der Von-Hünefeld-Straße, zwischen dem bestehenden Gewerbegebiet und dem Fuß- und Radweg Richtung Mühlenweg, mit einer Tiefe von circa 100 m in südlicher Richtung —Arbeitstitel: Gewerbegebiet südlich Hugo-Eckener-Straße in Köln-Ossendorf— aufzustellen mit dem Ziel, Friedhoferweiterungsfläche als Gewerbegebiet nach § 8 Baunutzungsverordnung festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept —Arbeitstitel: Gewerbegebiet südlich Hugo-Eckener-Straße in Köln-Ossendorf— zur Kenntnis;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1.

Der Beschluss wird in das Berichtswesen für Anträge und Verwaltungsvorlagen aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen pro Köln.

7.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70430/04 Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll 2100/2012

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 70430/04 für das Gebiet zwischen der östlichen Zubringerstraße L 124, der Rolshover Straße, der nördlichen Grenze des Verkehrsübungsplatzes und den westlichen Grenzen des TÜV-Parkplatzes — Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan 70430/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Der Beschluss wird nicht in das Berichtswesen für Anträge und Verwaltungsvorlagen aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von pro Köln.

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

9 Mitteilungen

9.1 Verwendung von Einweg- und Mehrwegbechern im RheinEnergie Stadion 2141/2012

Die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller betont, durch die Untersuchungen sei klar belegt worden, dass Mehrwegbecher ökologisch vorteilhafter seien, als der Gebrauch von Einwegbechern.

Hinsichtlich des in der Mitteilung genannten Sicherheitsaspektes berichtet sie von einem Urteil² gegen eine Firma, die Einweggetränkebecher vertreibt. Diese Firma sei aufgefordert worden, Behauptungen zu unterlassen, dass ein Mehrwegbecher an der Verletzung eines Schiedsrichter-Assistenten "schuld" gewesen sei. In dem auch in der Mitteilung angesprochenen Fußballspiel FC St. Pauli gegen Schalke 04 am 01.04.2011 wurde ein Schiedsrichter-Assistent durch den Wurf mit einem gefüllten Becher verletzt. Inzwischen habe sich herausgestellt, dass es sich um einen Einwegbecher gehandelt habe.

Frau Dr. Müller empfiehlt der Verwaltung, in der Auseinandersetzung zur Umsetzung des Mehrwegkonzeptes verstärkt Einfluss auszuüben, um in einer weiteren Verhandlungsrunde zu erreichen, dass bei allen Veranstaltungen Mehrwegbecher benutzt werden.

SE Herr Resch spricht den dritten Aspekt von Logistik und Kosten an. So werde behauptet, dass Mehrwegbecher einen zusätzlichen Personalaufwand bedeuteten, wenn diese Becher zurückgegeben werden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

9.2 Solarenergie auf städtischen Dächern Ratsbeschluss vom 14.09.2010, TOP 10.7 2232/2012

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

9.3 Toilettenkonzept - Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Sitzung am 22.06.2012 2413/2012

Dieser TOP wurde zusammen mit TOP 6.13 behandelt.

² "Eine falsche Schilderung in der Kundenzeitschrift, stellt eine unlautere geschäftliche Handlung dar, die geeignet ist, den Betrieb eines Konkurrenten zu schädigen."

Mit dieser Begründung hat das Oberlandesgericht Koblenz (AZ 9 U 31/12) in dem hier vorliegenden Fall im Wesentlichen das vorinstanzliche Urteil des Landgerichts Koblenz bestätigt, dass die beklagte Betreiberin von Einwegbechern nicht in ihrer Kundenzeitschrift behaupten durfte, der Abbruch des Fußball-Bundesligaspiels zwischen dem FC St. Pauli und Schalke 04 am 1. April 2011 sei "wegen Mehrweg" erfolgt. Auch die Behauptung, ein Mehrwegbecher sei das Wurfgeschoss gewesen, war ihr nicht gestattet. (Quelle: www.rechtslupe.de)

9.4 Sachstandsbericht Industriepark Köln-Nord 2262/2012

RM Herr Dr. Welpmann bittet, falls dies noch nicht geschehen sei, die Ergebnisse der Artenbestandsuntersuchung (ASP, Stufe I) dem Ausschuss Umwelt und Grün mitzuteilen.

Herr Moers informiert darüber, dass die Kartierungsergebnisse der Verwaltung vorlägen. Darüber sei auch schon im Ausschuss Umwelt und Grün, allerdings nicht abschließend, berichtet worden. Man werde die Frage zur Beantwortung an das Amt für Wirtschaftsförderung weiterleiten.

RM Herr Kienitz fragt, ob es aktuell Interessenten an dem Grundstück gebe und ob ein Zeitpunkt angedacht sei, zu dem das Grundstück vermarktet werden könne. Außerdem möchte er wissen, wie die Verwaltung gedenkt, in Zukunft mit solchen Sachverhalten umzugehen; ob sie z. B. eine Strategie erarbeitet habe, derartigen Situationen, wie jetzt vorgefunden, vorzubeugen, wenn Liegenschaften, die sich in städtischem Eigentum befinden, nicht gepflegt werden.

Beigeordnete Frau Reker bemerkt, es sei schwierig, solche Dinge zu vermeiden, wenn man nicht Grundstücke regelmäßiger Pflege zuordnet. Grund sei, dass es artenschutzrechtliche Vorschriften gebe, die man auslegen könne. Andere Vorschriften seien jedoch einzuhalten und das werde man natürlich in jedem Fall machen. Dies habe sicherlich an der einen oder anderen Stelle Interessenkonflikte zur Folge, sei aber sachlich unvermeidbar. Hier sei man immer wieder auf verschiedenen Ebenen mit verschiedenen Fachleuten im Gespräch.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wird u. a. das Thema "Unmöglichmachung der Ansiedlung von bestimmten geschützten Arten durch Anlegung bestimmter Pflegepläne" vertieft.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

9.5 Gewässerunterhaltungsplan Kölner Bäche in Zuständigkeit der Stadtentwässerungsbetriebe 2894/2012

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

gez. Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)